

„Wirtschaftlich aktiv, sozial verantwortlich“

Gestern tagte die Tripartite

VON JOELLE MERGES

Viereinhalb Stunden tagte gestern die Tripartite, in der die Regierung den Sozialpartnern die konjunkturellen Sofortmaßnahmen gegen die Wirtschaftskrise darlegte. Die entsprechenden Gesetzesprojekte wird der Ministerrat am Freitag verabschieden. Und erst dann will der Premierminister Einzelheiten aus dem Konjunkturpaket verraten.

Viereinhalb Stunden dauerte also die Unterredung zwischen der Regierung und den Sozialpartnern. Keine fünf Minuten brauchte Premier Juncker nach der Sitzung, um die sehr harmonisch verlaufenen Beratungen für die Journalisten zu resümieren. Am Montag habe er gemeinsam mit den Ministern Frieden, Boden und Wiseler den parlamentarischen Sonderausschuss zur Wirtschaftskrise über das Maßnahmenpaket unterrichtet, mit dem die Regierung die Wirtschaft ankurbeln will. Gestern habe man nun den Sozialpartnern diese Vorhaben vorgestellt, die sich aus den Vorarbeiten der „interministeriellen Vorbereitungskreise“ ergeben haben. Am Freitag sollen diese Maßnahmen nun in Form von Gesetzesprojekten vom Ministerrat gebilligt werden, und erst dann will der Premierminister einen „durchdachten“ Einblick in die Einzelheiten des Konjunkturpakets geben.

Gestern ließ der Regierungschef lediglich durchblicken, dass der Staat seine Investitionsvorhaben noch einmal über das im öffentlichen Haushalt 2009 vorgesehene Volumen hinaus aufstocken werde, um damit vor allem den Klein- und Mittelbetrieben entgegenzukommen. Wie bereits nach der Sitzung des parlamentarischen Sonderausschusses am Montag

verlautete, soll darüber hinaus die Entschädigung bei Kurzarbeit von derzeit 80 auf 90 Prozent des Lohnes angehoben werden. In den Genuss dieser Vergütung sollen allerdings nur jene Arbeitnehmer kommen, die sich zu einer beruflichen Fortbildung verpflichten, betonte Jean-Claude Juncker, der gestern zudem die krisenlindernde Wirkung des Steuerpakets in Erinnerung rief, das zum Jahreswechsel in Kraft getreten war.

Strukturelle Reformen kündigen sich an

Hohe Investitionen einerseits, soziale Abfederung andererseits: „Wir brauchen in der Krise einen wirtschaftlich aktiven und sozial verantwortlichen Staat“, fasste der Premierminister die Strategie seines Kabinetts zusammen, die zunächst einmal darin bestehe, die schlimmsten Auswirkungen der Krise mit konjunkturellen Dringlichkeitsmaßnahmen zu bekämpfen. Mit den strukturellen Langzeitfolgen wolle man sich später befassen: „Dies war die letzte Tripartite-Sitzung dieser Legislaturperiode“, sagte Juncker zum Ende seiner Ausführungen. Die 109 Forderungen des Patronats und die 169 Seiten umfassende Handreichung der Arbeitnehmerkammer hat der Regierungschef zwar gelesen, in den beiden Papieren aber „zu viele Unvereinbarkeiten“ festgestellt, als dass daraus auf die Schnelle eine einvernehmliche Synthese hätte erstellt werden können.

Dass die strukturellen Vorschläge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer aber über den Wahltag hinaus aktuell bleiben, stellten die Vertreter der Sozialpartner nach dem Tripartite-Treffen gestern klar. Die Regierung habe die notwendigen Maßnahmen in die Wege geleitet, um die ärgsten Fol-

gen der Krise abzufedern, lobte etwa UEL-Präsident Michel Wurth. Nicht in Angriff genommen worden sei aber die nachlassende Wettbewerbsfähigkeit, über die das Patronat gerne nach den Wahlen weiter diskutieren möchte. Dazu gehöre natürlich auch eine Fortsetzung der Index-Debatte. Die Index-Tranche vom 1. März bezeichnete der Arbeitgebervertreter als „Maßnahme, die in keinem Verhältnis zum Ernst der Lage steht.“

Ansonsten zeigte sich Wurth zufrieden mit den Reaktionen des CSV/LSAP-Kabinetts auf die 109 Vorschläge des Patronats. Einige Minister hätten sich sogar so sehr für die Ideen der UEL interessiert, dass sie darüber gerne in Arbeitsgruppen weiter diskutieren möchten. Den Arbeitnehmern wird dieses ministerielle Entgegenkommen nicht gemundet haben. Obwohl auch hier die Meinungen leicht auseinandergingen. Von vertrauensbildenden Maßnahmen von Seiten der Regierung sprach etwa der Vorsitzende des OGBL und der Arbeitnehmerkammer, Jean-Claude Reding.

LCGB-Präsident Robert Weber kritisierte indes die Vorhaben des Kabinetts als „zu wirtschaftsnah“, während die soziale Komponente eindeutig zu kurz komme. Deswegen hat der christliche Gewerkschaftsbund den Tripartite-Partnern seine eigenen Vorschläge zur Überwindung der Krise unterbreitet. Dazu zählt unter anderem eine Beschäftigungsgarantie für jene Arbeitnehmer, die wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihren Arbeitsplatz zu verlieren drohen. Dieser Forderung müsse die Regierung noch vor den Wahlen nachkommen. „Der LCGB wird entsprechend Druck machen“, kündigte Weber an.